

ROLAND RECK

Unter Druck

Es ist Bewegung angesagt. Das hält fit. Das wissen alle. Aber es ist keine Nachricht. Denn das Wesen einer Nachricht ist das Neue. Die Nachricht könnte also lauten: Alle wissen, dass Bewegung fit hält, aber die meisten kümmert das nicht. Aber auch das ist nicht wirklich neu, denn der Widerspruch zwischen

Wissen und Handeln ist so alt wie Eva und damit ganz sicher nicht neu. Der Reiz des Widerspruchs lässt das jedoch vergessen. Letztlich ist es die Disharmonie, die uns in Bewegung hält und ständig für neue Nachrichten sorgt. So viel zum philosophischen Überbau.

Und nun zum Trivialen. Bei der Schwäbischen Zeitung tut sich was. Bewegung ist angesagt. Der Verlag zieht im nächsten Jahr von der Peripherie Leutkirchs ins Zentrum Ravensburgs und die Lokalzeitung in Biberach verlegt in diesen Tagen ihre öde Warte zwischen Schnellimbiss und Autowäsche ebenfalls nach Downtown, zukünftig wird sie wie einst den Zugang zum Marktplatz kontrollieren. Mit den Ortswechsellern sind Hoffnungen verbunden: man möchte urbaner werden, näher am Pulsschlag, nicht so bräsig, sondern leichter, mediterraner, eben nicht so verkrampt wie „Wir im Süden“, sondern lässig wie die Studenten auf dem Marienplatz in Ravensburg oder zumindest cool wie „Die Seite Drei“.

Des Mediendirektors verkrampter Provinzialismus soll getilgt werden im Blatt und überhaupt. Das ist verständlich, haftet der Tageszeitung doch immer noch ein Stallgeruch an und was sonst noch aus dem Hause kommt, ist alles andere als origineller Intellekt. Es ist Masse statt Klasse und steht damit im Widerspruch zu einer Region, in der vor allen Dingen Klasse zählt.

Nun beklagt sich der Regionalchef in Biberach bitterlichst. Es gehe ihm um journalistische Verantwortung und Qualität, verlautbart Christian Klose in „Unter uns gesagt“ (SchwäZ, 13. Okt. 12). In der putzigen Kolumne versucht die Redaktion, ihren Lesern in loser Folge das schwierige Geschäft des Zeitungsmachens nahezubringen und zu erklären, wo gerade der Schuh drückt oder worauf die geneigten Leser achten sollten. „Mehrfach wurden Kollegen jetzt schon auf der Straße oder auf Veranstaltungen angesprochen, ob die SZ denn gar nichts mitbekomme“, schreibt Klose und stellt klar: „Natürlich wissen wir Bescheid.“ Es geht ihm um das leidige Krankenhausthema und um das laufende Bieterverfahren, um das das Biberacher Landratsamt ein großes Geheimnis macht, weil die Verwaltung sich angeblich vertraglich zur Verschwiegenheit verpflichtet hat. „Wir sind auf der Höhe“, ruft der Zeitungsmann seinen Lesern zu und macht einen Sündenbock für die üble Nachrede aus: „Auch wenn speziell in Biberach gerne behauptet wird“, mokiert sich Klose, „dass nur die Leser einer Wochenzeitung Bescheid wüssten und ständig exklusiv informiert würden“.

Es ist der Kollege vom Wochenblatt, der den Mann von der SchwäZ so in Rage bringt. Robin Halle ist Newcomer in Biberach und zeigt, was er beim Boulevard gelernt hat. Fetzig macht er sein Blatt auf und schmückt seine Titelstories gerne mit dem Stempel „Exklusiv“. Das wirkt, egal ob es stimmt



Der Zeitungskrieg

– und ärgert den Kollegen umso mehr. Der pikiert zu Protokoll gibt: „Wir – als seriöse Tageszeitung – haben hier auch eine Verantwortung für die Region, in der wir erscheinen“, und das habe zur Folge, „dass die Schwäbische Zeitung genau abwägt, was berichtet werden muss und was im Sinne der Bürger, Patienten und jeder Krankenschwester bedacht werden sollte“. Klose beschreibt sein journalistisches Dilemma zwischen verantwortlichem Schweigen und notwendiger Information. Und demontiert in seiner Kolumne doch zugleich seinen angeblich so verantwortungsvollen Umgang mit Informationen, indem er unterstreicht: „Auch die SZ hat Ameos, Helios und Sana in dieser Woche genannt.“ Das sind die drei verbliebenen Bieter zur Rettung der Kreiskliniken, die das Landratsamt unter Verschluss hält und

das Wochenblatt als „exklusive“ Nachricht verkauft hat. Also, was soll das ganze Gezeter?

Es ist die ungewohnte Situation, die dem Regionalchef zu schaffen macht. Der Troublemaker im Wochenblatt zieht mit seinem Getöse die Aufmerksamkeit auf sich und versucht die Nachrichtenagenda zu bestimmen, was Klose als Angriff auf sein Blatt versteht. Es geht sowohl um die Lufthoheit über den Stammtischen als auch über



den Schreibtischen. Denn Halle kürte mit Einzug in die Wochenblatt-Redaktion nicht nur „die hundert wichtigsten Biberacher“ und sorgte damit für eitles Gefeihe unter den Großkopfen, sondern verkündete auch gleich noch, jeden Rathauschef auf weiter Flur an den Pranger zu stellen, der sich etwas zu Schulden kommen lässt. Das ist zunächst professionelle Selbstverständlichkeit und eigentlich keine Nachricht, aber im betulichen Karpfenteich ist eben auch ein kleiner Hecht ein großes Ding. Vor allem sollte er nicht größer werden, denn schließlich geht es für die Schwäz um Auflage und Werbeeinnahmen. Sparen sich die Biberacher die Tageszeitung, weil sie glauben, von der Wochenzeitung kostenlos besser informiert zu werden, dann tut das richtig weh.

Dagegen hilft nur: besser werden. Der Regionalchef versucht es mit einer Ankündigung in seiner besagten Kolumne, indem er den Lesern verrät, den Landrat zu den Kliniken interviewen zu wollen, nein, zu „löchern“ – aber das eben erst in zwei Wochen. Klose garantiert seinen Lesern: „Wir sind am Ball.“ Und dass daran kein Zweifel aufkommt, erklärt er abschließend, dass der Landrat zum Interview „sofort zugesagt“ habe. Ob solchen Beamtenjournalismus“ hört man im Wochenblatt lautes Schnarchen.

Aber allem Spott zum Trotz: Es ist Bewegung zu erkennen. Greift die Biberacher Redaktion doch am 10. Oktober aktuell das Thema „Nebeneinkünfte von Politikern“ auf, nachdem die Opposition dem noch schlupfnassen SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück deswegen in die Waden beißt, wollen die Lokaljournalisten in der oberschwäbischen Provinz ihren Lesern das heiße Eisen mit einer Nachfrage beim CDU-Landtagsabgeordneten Peter Schneider servieren. Eine gute Wahl, denn der Biberacher Ex-Landrat geht nicht nur seinem zweihundertprozentigen Fulltimejob als Sparkassenpräsident im Ländle nach, sondern sitzt darüber hinaus auch noch als Multifunktionär in unzähligen Aufsichtsräten. Doch die pfiffige Idee, das strittige bundespolitische Thema auf lokaler Ebene abzuhandeln, scheidet kläglich. Der Zweispalter ist nicht mehr als eine Presseerklärung des Landtagsabgeordneten, in der Schneider frohgemut zum Besten gibt, dass er „wohl die längste Liste an anmeldepflichtigen Tätigkeiten“ habe, dementsprechend verdiene er auch mehr als andere Abgeordnete, heißt es in der Meldung, die mit dem persönlichen Fazit des Politikers endet: „Von einem Vollzeitparlament, wie es in absehbarer Zeit eingeführt werden soll, halte ich nichts. Denn als Abgeordneter sollte man einem Beruf nachgehen und seine Interessen und seine Position, aus denen heraus man agiert, auch offenlegen.“ Lobbyismus statt Wählerauftrag hätte dieses Statement kommentiert werden können. Nichts davon steht in der Zeitung.

Aber Gott sei Dank gibt es noch aufmerksame Leser, auch wenn sie interessengeleitet sind, denn sonst wäre der CDU-Abgeordnete als unermüdlicher Herkules vom Platz gegangen. So aber muss die Schwäz zwei Tage später eine Presseerklärung des Ulmer Landtagsabgeordneten Martin Rivoir nachreichen, in der der SPD-Politiker den Landtagskollegen persönlich anspricht: „Guten Morgen Herr Schneider, der Landtag von Baden-Württemberg ist bereits seit 2011 ein Vollzeitparlament.“ Rivoir klärt die Leser darüber auf, dass Nebentätigkeiten von

Landtagsabgeordneten zwar erlaubt seien, aber die Tätigkeit als Abgeordneter, dessen Hauptberuf sei und seit Beginn dieser Legislaturperiode auch entsprechend bezahlt würde (6975 Euro plus Aufwandspauschale 1483 Euro). Offensichtlich war das auch für die Redakteure in Biberach eine Neuigkeit. Brav stand sie nun in ihrer Zeitung. Aber ohne auch nur einer Frage nachzugehen, die sich brandaktuell aus dem Dissens zwischen der Behauptung Schneiders und der Feststellung Rivoirs ergeben.

Spätestens an der Stelle müsste der selbsternannte Wachhund im Wochenblatt aufgewacht sein. Ist das doch ein gefundenes Fressen für einen, der angeblich beißt statt zu bellen. Denn hätte Robin Halle mit derselben Akribie, mit der er die Abiturnoten der OB-Kandidaten in Biberach recherchiert hatte, sich der spannenden Frage gestellt, wie das eigentlich zusammengeht, dass ein Sparkassenpräsident zugleich hauptberuflicher Landtagsabgeordneter sein kann, dann hätte er hinter seinen fetzigen Schlagzeilen auch mal Inhalt präsentieren können. Um Näheres zu erfahren hätten ein paar Anrufe genügt.

Beispielsweise bei Eugen Schlachter, ehemaliger finanzpolitischer Sprecher der Grünen im Landtag, Bankvorstand einer Raiffeisenbank und seit jüngstem Bundestagskandidat der Grünen im Wahlkreis Biberach. Schlachter ist parteiisch, klar, aber ausgewiesener Insider und kennt die politischen Spielregeln. Von dem auskunftsfreudigen Politiker hätte der Chefredakteur des Wochenblatts erfahren können, dass die Doppeltätigkeit Schneiders zwar nicht gegen gesetzliche Bestimmungen verstoße, er sogar der Meinung ist, dass eine berufliche Tätigkeit neben der Parlamentsarbeit in Maßen möglich sei, „aber nicht als Sparkassenpräsident“. Der Grünen-Politiker hätte dem journalistischen Enthüller auch ohne Umschweife dargelegt, wie man sich die profane parlamentarische Arbeit vorstellen muss. Nämlich dass es in den Sitzungswochen eine Anwesenheitspflicht gibt und die Abgeordneten ihre Präsenz in einer Anwesenheitsliste zu dokumentieren haben, aber was die Abgeordneten nach ihrer Unterschrift tatsächlich tun, selbstverständlich niemand kontrolliere. Ob einer sich mit der Tagesordnung beschäftigt oder einen Krimi liest oder

stante pede nach der Unterschrift das Parlament verlässt, um in die nächste Aufsichtsratsitzung zu eilen, will niemand wissen. Doch klar sei, so Schlachter, einen Job als Sparkassenpräsident könne niemand nebenher machen, folglich bleibe nur, dass Schneider sein Abgeordnetenmandat nebenher mache. All das und wenn er fragen würde noch viel mehr, könnte der neugierige Journalist von dem politischen Experten erfahren. Und wenn Halle sich seiner investigativen Schärfe erinnern würde und den hauptberuflichen Banker Eugen Schlachter nach einer Schätzung des Jahreseinkommens eines Sparkassenpräsidenten fragen würde, dann würde dieser ihm die stolze Summe „von 400.000 bis 500.000 Euro“ nennen.

Nähe ist das beste Schmiermittel

Potzblitz, das ist doch eine gehaltvollere Nachricht als uralte Abiturnoten abzudrucken. Warum liest man darüber nicht wenigstens im kessen Wochenblatt, wenn schon nicht in der drögen Tageszeitung? Der Grund ist so profan wie die parlamentarischen Anwesenheitslisten. Robin Halle geht schon mal gerne mit dem Sohn Peter Schneiders zu geselligen Anlässen, man trifft sich familiär zum Beispiel auf dem Riedlinger Flohmarkt, und räumt dem Rechtsanwalt auch kostenfreie Eigenwerbung im Blatt ein, da wird man doch nicht den Papa seines Duzfreundes mit nervigen Schlagzeilen behelligen, von dem man überdies weiß, dass dieser hochallergisch darauf reagiert. Nähe ist bekanntlich im Journalismus immer noch das beste Schmiermittel. Stattdessen attackiert man lieber den von der Krankenhausmiserie angeschlagenen Riedlinger Bürgermeister und fordert schneidig dessen Rücktritt. Da braucht man nicht beißen, nur bellen oder man springt als Tiger und landet als Bettvorleger.

Und warum haben Sie das alles gelesen? Vermutlich, weil es ungewöhnlich ist, dass Journalisten über Journalisten schreiben. Das widerspricht dem Korpsgeist, was im Volksmund bedeutet: Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus. Nur den Lesern hilft das nicht weiter. Denn der Blick hinter die Kulissen ist nicht nur in der Politik sinnvoll, sondern auch im Journalismus.

ver.di hilft... ...zum Beispiel Sylvia:



Sylvia arbeitet in einem oberschwäbischen Altenheim. Sie erhielt eine Abmahnung, da sie angeblich falsche Medikamente verabreichte. Ver.di klärte den Vorgang auf, die Abmahnung musste aus der Personalakte samt Inhaltsverzeichnis entfernt und vernichtet werden.

mehr unter:
www.oberschwaben.verdi.de

